Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem

Ein Gespräch zum Buch

Stephan Lessenich im Gespräch mit Margit Appel

Von den Grenzen der Demokratie handelt das aktuelle Buch des Sozialwissenschaftlers Stephan Lessenich. Im Gespräch mit Margit Appel erklärt er, warum wir niemals demokratisch waren, welche Ungleichheitsachsen es zu beachten gilt und warum es sich lohnt, für eine Demokratisierung der Demokratie zu kämpfen.

Margit Appel (MA): Herzlich willkommen zur heutigen Präsentation des Buches "Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem". Neben mir ist der Autor, den ich sehr herzlich begrüßen möchte, Stephan Lessenich. Schön, dass Sie da sind.

Stephan Lessenich (SL): Schönen guten Abend.

MA: Ich möchte Sie kurz vorstellen. Sie haben Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte studiert, und zwar an der Philipps-Universität in Marburg. Deutsche Unis haben so klingende Namen.

SL: Nicht alle, nur die alten. Nicht die Reformuniversitäten.

MA: Nach dem Studium hat Ihre wissenschaftliche Laufbahn Sie auch nach Wien gebracht. Sie waren ab dem Jahr 2000 für zwei Jahre ...

SL: ... ein gutes Jahr ...

MA: ... ein gutes Jahr Gastwissenschaftler am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. Habilitiert hat sich Stephan Lessenich 2002 im Fach Soziologie und dann waren Sie von 2004 bis 2014 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Vergleichende Gesellschafts- und Kulturanalyse an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. In Jena waren Sie dann über die Zeit der Professur hinaus einer der Direktoren des Forschungskollegs Postwachstumsgesellschaften, zusammen mit Klaus Dörre und Hartmut Rosa. Ihr 2016 erschienenes Buch "Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis", das bereits in etliche Sprachen übersetzt ist, ordne ich dieser Arbeit am Forschungskolleg zu. Seit dem Wintersemester 2014/15 sind Sie nun Professor für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München mit dem Schwerpunkt auf sozialen Entwicklungen und Strukturen.

Aber kommen wir langsam zum Buch, um das es heute geht. 2019 erschienen zwei Publikationen, die sich um das Thema Demokratie drehen und bei denen Sie eine Rolle spielen. Das eine – "Was stimmt nicht mit der Demokratie?" – ist als konstruktive Kontroverse angelegt, nämlich zwischen Ihnen, Klaus Dörre, Hartmut Rosa und Nancy Fraser. Ein sehr interessantes, gut zu lesendes Buch, das über die Genannten hinaus Kommentare weiterer Expert*innen der Demokratietheorie enthält.

Das zweite Buch ist im Reclam Verlag erschienen, und darum soll es in der Folge gehen. Was hat Sie denn dazu geführt, sich in diese aktuell äußerst zahlreichen Publikationen rund um den Zustand bzw. die Zukunft unserer Demokratie einzureihen? Ein wichtiger Hinweis, den ich für mich gefunden habe, kommt ziemlich am Anfang des Buches in einer interessanten ironischen Anmerkung vor: "Wo heute zwei oder drei versammelt sind im Namen demokratischer Besorgnis, da ist Crouchs "Postdemokratie" nicht weit." Sie wollen aber zu Crouchs Postdemokratie eine Art Gegenerzählung anbieten, wie Sie an anderer Stelle im Buch schreiben. War das der Hauptbeweggrund?

SL: Nein, das wäre vermessen. "Postdemokratie" ist seit zehn Jahren ein stehender Begriff, nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch im Feuilleton. So hoch würde ich mit so einem schmalen Bändchen nicht greifen. Übrigens erstmal schönen guten Abend, es freut mich sehr, hier zu sein.

Sie werden ja morgen früh Colin Crouch hören. Die Rede über die Krise der Demokratie war schon ein Anlass für das Buch: die akute Krise sozusagen, durch die Angriffe auf die Demokratie von rechts, von rechtspopulistischen Bewegungen, Regierungen, Organisationen, durch neofaschistische Aktivitäten. In diesem Kontext und vor dem Hintergrund, dass seit mittlerweile einem Jahrzehnt von der Postdemokratie die Rede ist, hat es mich bewegt, unsere demokratische Selbstüberschätzung zu thematisieren. So ähnlich wie ich das bei "Neben uns die Sintflut" gemacht habe - im Grunde genommen ist "Grenzen der Demokratie" noch mal eine Verlängerung davon. Sowohl wenn von der akuten Krise der Demokratie die Rede ist als auch von der Postdemokratie, wird immer suggeriert: "Naja, das ist jetzt akut; bis vor wenigen Jahren hatten wir aber keine Krise der Demokratie. Bis vor dem Aufschwung des Rechtspopulismus, oder als die Leute noch brav an die Wahlurnen gegangen sind und die Volksparteien der Mitte gewählt haben - mal die eine, mal die andere -, da hatten wir keine Krise der Demokratie, aber jetzt haben wir sie." Der Begriff "Postdemokratie" suggeriert, dass wir uns in einem Zeitalter nach der Demokratie befinden. Er unterstellt, dass wir eine Phase der vollwertigen, der vollständigen, entwickelten Demokratie hatten und es jetzt aber bergab geht. Colin Crouch illustriert das selbst mit einer Parabel. Der Scheitelpunkt der Parabel sind die 1970er-Jahre und es wird suggeriert, dass wir bis dahin einen ständigen Aufstieg der Demokratie hatten, also immer mehr Berechtigungen, immer mehr Rechte, immer mehr Teilhabe, Partizipation für tendenziell immer größere Teile der Bevölkerung in immer mehr gesellschaftlichen Lebensbereichen. Menschen - man kann, glaube ich, auch sagen Männer

– wie Colin Crouch oder Wolfgang Streeck oder auch der geschätzte Thomas Piketty haben in ihren Betrachtungsweisen immer die korporatistische Demokratie der 1970er-Jahre vor Augen. Da war die Welt noch in Ordnung: Arbeit und Kapital saßen miteinander am Tisch und rangen um Tarifabschlüsse und um die Organisation der Arbeitsbeziehungen und der Staat hat seinen schützenden Mantel darumgelegt oder nachher gesetzlich das exekutiert, was die Sozialpartner verhandelt hatten, gleichzeitig gab es eine relativ hohe Wahlbeteiligung. Mit diesen Betrachtungsweisen wird die Vorstellung genährt, dass diese Sozial-Demokratie, diese sozialdemokratische Demokratie der 70er-Jahre, der Höhepunkt war und es danach bergab ging.

Wir sind niemals demokratisch gewesen

So gesehen kann man sagen, meine Betrachtungsweise ist eine Gegenerzählung. Plakativ gewendet setze ich die Aussage dagegen: Wir sind niemals demokratisch gewesen! Im Titel der Armutskonferenz heißt es: "... weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden." Da spricht viel dafür! Ich sage, für Demokratie sind soziale Ausgrenzung und Ungleichheit konstitutiv. Empirischhistorisch, wenn man sich die Geschichte der Demokratie bis in die allerjüngste Vergangenheit bis heute anschaut, ist es eine Geschichte der Ausgrenzungen und der sozialen Ungleichheiten – im Rahmen der Selbstbeschreibung dieser Gesellschaft als eine demokratische.

Was ich möchte, ist nachzuzeichnen, inwiefern auch in den 1970er-Jahren – als das demokratische Gras angeblich noch grün war, woraufhin es verdorrt sei –, dass auch da Demokratie, gemessen an einem substantiellen Verständnis von der demokratischen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, ziemlich defizitär war – in einigen Bereichen sogar defizitärer als heute. In puncto Gleichstellung, Gleichberechtigung sind vermutlich heute die Zustände tendenziell besser als in den 70er-Jahren, aber das spielt in den Rekonstruktionen von Crouch und anderen in der Regel keine Rolle, weil es für sozialdemokratische Männer keine zentrale Perspektive ist. Aber in anderen Bereichen würde man doch sagen, dass diese vollwertige, vollständige Demokratie der 70er-Jahre doch offensichtlich ziemlich viele Lücken, Mängel und Defizite hatte.

In der Konferenz heute wurde gesagt, vielleicht sehen wir aktuell die Normaloder die Standardoperationsmodi des Kapitalismus in Form der sogenannten Refeudalisierung. Ich würde sagen, es ist keine Refeudalisierung, es ist der Standardoperationsmodus des Kapitalismus aller Zeiten, und ich würde ergänzen – und das ist vielleicht ein bisschen kontrovers, weil wir gerne auf den Kapitalismus einschlagen, ich selbst ja auch –, aber ich würde vielleicht ergänzen: des demokratischen Kapitalismus. Und dass Demokratie, so wie sie real existiert, wie sie sich real entwickelt hat, nochmal ein eigenständiger Modus der Produktion von Ungleichheit ist. Das wiederum hört man nicht so gerne.

Der Kapitalismus als Modus der Produktion von Ungleichheit – na logisch, klar; und das kritisiert man auch zu Recht. Aber dass auch die spezifische Form der demokratischen, also der politischen Verfasstheit dieser ökonomischen Ordnung, dass auch diese nochmals eine eigenständige Triebkraft von Ungleichheiten, von Ausschlüssen, von Ausgrenzungen ist, das kommt selten in den Blick. An dieser Stelle noch ein wichtiger Punkt: Gerade heute, mit den Angriffen von rechts auf die real existierende Demokratie, zu sagen, wir sind niemals demokratisch gewesen, wir haben gar keine "wahre" Demokratie, damit begibt man sich auf dünnes Eis. Leicht kann man in den Geruch kommen, das sei irgendwie dasselbe Argument wie das von rechts. Es gäbe also die Zangenbewegung - Stichwort "Hufeisen" -, wo von rechts und von links gesagt wird, wir leben gar nicht in einer Demokratie. Ich glaube, man muss diese Gefahr, dass man da mit falschen Freunden assoziiert wird, sehen: dazu muss man sich positionieren. Zunächst aber gilt es, analytisch darauf hinzuweisen, dass diese Gesellschaft sich als eine demokratische selbst überhöht und Demokratie auch gerne ins Ausland und in alle möglichen Weltregionen als Erfolgsmodell verkauft, dass diese Gesellschaft aber weit davon entfernt ist, tatsächlich eine demokratische Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse erreicht zu haben – und das ist mein Punkt.

Demokratie als Öffnungs- und Schließungsspiel

MA: Wie Sie sagen, ist es aktuell schwierig, Einspruch einzulegen, weil die Demokratie heute ein "Hochwertbegriff" ist, den alle im Mund führen. Niemand will sich davon distanzieren, demokratisch zu sein, bis hin zu ganz eigenartigen Akteur*innen, die sich das auf die Fahnen heften. Sie schreiben ein Stück an gegen die "Mystifizierungen", die mit der Geschichte der Demokratie verbunden sind. Eine dieser Mystifizierungen, der wir nur allzu gerne aufzusitzen scheinen, beschreiben Sie so: "Im Lichte der bedrückenden Gegenwart erscheint eine bessere Zukunft dann gleichsam als eine Verlängerung der Vergangenheit." Und diese Vergangenheit – so Ihr Argument – hat es in diesem Ausmaß nie gegeben, weil die real existierende Demokratie schon immer ein großes "Schließungsspiel" gewesen ist. Ein sehr anschauliches Bild: Für die einen geht etwas auf, während sich für andere etwas schließt. Können Sie skizzieren, entlang welcher Achsen Sie das sehen?

SL: In der Tat liegt meinem kleinen Büchlein die soziologische Schließungstheorie zugrunde. Das könnte man jetzt lange ausführen: Max Weber, neomarxistische Varianten der Schließungstheorie, Frank Parkin ist da ein ganz wichtiger Autor aus den in diesem Sinne wirklich goldenen 70er-Jahren der Soziologie. Ich argumentiere tatsächlich, dass die Demokratie ein großes Öffnungs- und Schließungsspiel ist. Die Öffnung und Schließung von Teilhaberäumen auf verschiedenen Achsen ist in der Tat auch ein atmendes Gebilde. Es öffnet sich mal mehr und schließt sich wieder und operiert aber nicht nur auf einer Achse. Bedeutsam

gerade für die Armutskonferenz ist, dass dieses Öffnungs- und Schließungsspiel nicht nur durch die Achse "Oben gegen Unten" strukturiert wird. Schon zu dieser Achse könnte man viel sagen – Herr Kapeller hat uns heute die Verteilungskurve gezeigt. Vermögensungleichheit, Gini-Koeffizient über die Zeit. In der "goldenen Phase" war der Vermögens-Gini 0,6 und der Einkommens-Gini betrug da 0,3; mittlerweile liegt er in Gesellschaften wie Österreich oder der Bundesrepublik Deutschland bei 0,35. Brasilien, das vermutlich ungleichste Land der Welt nach den bestehenden Kriterien und Indikatoren, hat einen Einkommens-Gini von 0.7 oder 0.75; eine massive Ungleichverteilung von Reichtum in der Hochzeit der Demokratie. Piketty würde sagen, wir brauchen eine Vermögenssteuer oder Erbschaftssteuer, am besten beides, um wieder zurückzukehren zu Verteilungsverhältnissen der "goldenen Phase". Also selbst wenn wir ausschließlich die "Oben-Unten-Achse" betrachten, ist eindeutig zu sehen, dass es teilweise Öffnungen gibt, aber auch eine riesige Schließung. Auch zu den Hochzeiten der vermeintlichen Verteilungsgleichheit in sozialen Demokratien des sozialdemokratischen Typs gab es keinen Zugang der breiten Massen zu Vermögen, zu Vermögensbildung! Das kleine selbstgenutzte Eigenheim einmal abgezogen. Heute ist es so, dass 50 Prozent der Bevölkerung null Nettovermögen hat; das Vermögen konzentriert sich bei den obersten 20 Prozent. Und diese Schieflage hat sich verschärft. Aber vor dreißig, vierzig Jahren war es nicht so wahnsinnig anders. Es lässt sich nicht sagen, dass es Volkskapitalismus oder Ähnliches unter sozialdemokratischer Herrschaft gegeben hätte.

Ich unterscheide vier Achsen der Öffnung und Schließung: "Oben gegen Unten" ist die erste Achse, das ist die Achse der Herrschenden gegen die Beherrschten. Die Schließung besteht hier darin, dass die, die oben stehen – das klingt jetzt ein bisschen banal – die unten ausschließen wollen von der Teilhabe. Teilhabe, was meine ich damit? Ich habe einen weiten Begriff von Demokratie. Mir geht es nicht nur um die politische Institutionenordnung, dass es Gewaltenteilung gibt und einen regelmäßigen Wechsel der Regierung und "checks and balances" und so weiter. Das ist die politisch-institutionelle Organisation des Gemeinwesens. Demokratie verstehe ich darüber hinaus in einem soziologischen und sozialen Sinn als die Möglichkeit der Teilhabe jedes, jeder Einzelnen an der kollektiven Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die seine bzw. ihre eigenen Lebensbedingungen massiv beeinflussen.

MA: Können Sie das noch einmal wiederholen?

SL: Selbstverständlich, das habe ich jetzt so schnell dahingesagt. Jetzt erläutere ich das noch einmal. Ich bin, wir alle sind in Gesellschaft gestellt, in eine komplexe Struktur. Da können wir uns auf den Kopf stellen, da kommen wir nicht raus, da müssen wir uns irgendwie einen Reim drauf machen, da müssen wir drin handeln, da müssen wir irgendwie mitarbeiten, damit umgehen, das ist unser Alltag, ganz egal wo wir gesellschaftlich stehen, wie alt wir sind, wo wir hinwollen. Wir müssen mit diesen Strukturen irgendwie umgehen. Und Demokratie würde heißen, dass ich berechtigt bin und die materiellen Möglichkeiten

habe, eben diese Strukturen, in die ich zwangsläufig gestellt bin, mit zu beeinflussen und an dem kollektiven, gesellschaftlichen Gestaltungsprozess dieser Strukturen teilzuhaben – jener Strukturen, die meine Lebenschancen, meine Lebensbedingungen, meine Lebensführung massiv beeinflussen. In ganz vielen Gesellschaften, in vielen Lebensbereichen sind große Mehrheiten der Bevölkerung raus aus diesem Spiel! Vieles wird über die "Oben-Unten-Achse" organisiert. Oben stehen die Kapitaleigner*innen, die Besitzer*innen von Produktivvermögen versus – egal wie Sie es nennen – Lohnabhängige, Nicht-Besitzende. Es spricht vieles dafür zu sagen, dass es die obersten 10 Prozent oder 20 Prozent sind, die Vermögen monopolisieren und andere erfolgreich ausschließen. Das heißt, es gibt in ökonomischer Hinsicht Machtpositionen, die wenige besetzen – oder relativ wenige –, und die sind erfolgreich darin, viele auszuschließen, sagen wir 90 Prozent der Bevölkerung.

Eine substanzielle Demokratie würde den Vielen die Möglichkeit geben, sich tatsächlich am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen, daran teilzuhaben. Das hieße ja auch, über die Teilhabe am gesellschaftlichen Produktivvermögen bestimmte Entscheidungen mit beeinflussen zu können: Was wird produziert, wie wird produziert, für wen wird produziert, zu welchen Preisen, was möchte man gerne nicht mehr produzieren und so weiter. Von dieser Entscheidung sind die allermeisten Menschen in dieser Gesellschaft ausgeschlossen. Das, würde ich sagen, ist eine fundamentale Beschränkung der Demokratie. Man kann einen anderen Demokratiebegriff haben, in den dieser Aspekt nicht reinfällt. Für mich ist es eine fundamentale Beschränkung der Demokratie. Entscheidend für mein Argument ist aber, dass ich sage, diese "Oben-Unten-Achse" der Ausschließung ist eine zentrale – allerdings nicht die einzige.

Oben gegen Unten, Hinz gegen Kunz, Innen gegen Außen, Alle gegen Eine*n

Dann kommen nämlich noch andere Achsen dazu, die diese vertikale Achse "Oben versus Unten" durchkreuzen, durchschneiden und zu einem komplexen Zusammenhang von Ein- und Ausschlüssen führen, der nicht in der "Kapitalversus-Arbeit-Achse" oder, im weiteren Sinne, "Oben-Unten-Achse" aufgeht. Das ist jetzt auch kein so superneues Argument, aber ich glaube, es ist wichtig, das zu sehen. Es gibt die "Oben-versus-Unten-Ausschlüsse", und die sind sozusagen gekreuzt durch die Achse, die ich "Hinz gegen Kunz" nenne. Die Idee zu dieser Achse ist, dass wir auf der einen Achse den Ausschluss "der da unten" haben, aber "die da unten" sind keine homogene Masse, die sind auch nicht alle freundlich, sondern "die da unten" werden durch die klassengesellschaftliche, vertikale Achse in ein bestimmtes Verhältnis zueinandergesetzt. Es gibt also auf der klassengesellschaftlichen Achse "Oben versus Unten" Ausschlüsse gegen "die Vielen da unten", und "die Vielen da unten" praktizieren selber ständig weitere Ausschlüsse. Das ist jetzt soziologisch nicht neu, aber wenn man das

zusammendenkt, dann haben wir die klassengesellschaftliche Ausschlussachse, die gekreuzt wird durch eine konkurrenzgesellschaftliche.

"Die da unten", also alle, die ausgeschlossen sind von den ökonomischen und politischen Machtpositionen im engen Sinne, werden mittlerweile in sämtlichen gesellschaftlichen Lebensbereichen zueinander in Konkurrenz gesetzt. Das ist eine Welt – also eigentlich viele Welten – des Statuswettbewerbs. Da geht es alltäglich darum, sich zu positionieren und sich ein bisschen besser zu positionieren als die anderen. Das passiert alles unter Ausgeschlossenen, nämlich aus den zentralen gesellschaftlichen Machtpositionen ausgeschlossenen. Um die Teilhabechancen, die übrig gelassen werden von denen oben, konkurrieren ganz viele Menschen dieser Gesellschaft in ganz vielen Bereichen: auf Arbeitsmärkten, auf Bildungsmärkten, auf Wohnungsmärkten bis hin zu Partnerschaftsmärkten. In ganz vielen Lebensbereichen gibt es diese konkurrenzgesellschaftliche Achse und da sind wir - prüfen Sie sich selbst - allesamt selber Akteur*innen des kollektiven und individuellen Ausschließens. Da sind wir ständig dabei, und ich sage, nicht weil wir böse Menschen sind, sondern weil – wenn man so möchte – wir darauf gepolt sind. Wenn wir unsere Chance im Feld der Nicht-Besitzenden wahren wollen, müssen wir irgendwie sehen, wo wir bleiben, dann müssen wir die anderen auskonkurrieren. Es gibt noch zwei weitere Achsen.

MA: Die wären dann interessant nachzulesen.

SL: Nur zwei Sätze! Die Frage ist doch, warum funktioniert das? Warum lassen sich die Beherrschten beherrschen? Es gibt noch zwei weitere Achsen des Ausschlusses, die dieses gesellschaftliche Spiel ermöglichen und stabilisieren. Die eine ist die "Innen-gegen-Außen-Achse", da muss ich nicht viel dazu sagen: Lesbos, Diese nationalgesellschaftlichen Achsen "Oben und Unten" und "Hinz und Kunz" sind vereint darin zu sagen, dass das Spiel "zuhause" gespielt wird. Das ist zwar ein ungleiches Spiel, wir kriegen hier alle etwas ganz Unterschiedliches, viele stehen unten, aber das Spiel wird zuhause gespielt, da sollen nicht andere noch mit hinein. Selbst die wenigen Berechtigungen für die Vielen können zudem nur funktionieren durch die vierte Achse des Ausschlusses: "Alle gegen Eine". Denn selbst die minderen Teilhabeberechtigungen, die wenigen Berechtigungen der Vielen, sind erkauft durch einen entgrenzten Konsum der Natur, durch ein hemmungsloses Nutzen der Natur. Das ist ein weiterer Stabilitätsmechanismus dieses Spiels. Am Ende steht dann die These: Es wird alles prekärer gegenwärtig! Dieses "Oben gegen Unten-" und "Jeder gegen Jeden-Spiel" wird stabilisiert dadurch, dass wir alle uns als nationalgesellschaftliche Gemeinschaft nach außen abgrenzen können, dass wir noch jemanden da draußen haben, den wir ungefragt einfach für alles in Anspruch nehmen können, was wir hier intern an sehr, sehr begrenzter Verteilungsgerechtigkeit haben – da wird ständig Natur reingefeuert, bis dass der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist.

MA: Trotzdem nachlesen! Gerade diese zwei letzten Achsen sind die, wo wir alle miteinander am ratlosesten unterwegs sind. So ist es jedenfalls bei mir angekommen. Diese Schließung unserer nationalen Welt oder unseres nationalen Be-

rechtigungsraumes, wie Sie das nennen, gegenüber den Berechtigungen und den Bedürfnissen anderer, und diese Schließung gegenüber den Naturverhältnissen, das ist ja etwas, wo wir auch erst wirklich am Anfang sind nachzudenken, wie wir das mit unseren Vorstellungen und Instrumenten von Demokratie irgendwie in den Griff kriegen können.

Der Kampf um die Demokratisierung der Demokratie

MA: Ich möchte noch einmal zum Thema der Konferenz kommen: Sie haben schon einen Versuch unternommen, das Buch auch in diese Richtung zu verorten, indem Sie gemeint haben, den Untertitel der Konferenz finden Sie nicht so gut getroffen, weil Ungleichheit und Ausgrenzung in einem gewissen Maß konstitutiv sind für die Demokratie. Ich möchte darauf noch einmal zurückkommen und die Frage stellen: Was gilt es denn unsererseits besonders gut zu verstehen aus der Perspektive, von der aus Sie auf die Grenzen der Demokratie schauen? Eine Sache sagen Sie ja glasklar: "Der wohlfahrtsstaatliche Kompromiss ist von Kapitalseite aufgekündigt worden, die Kapitaleigner*innen wollen sich keine als übermäßig erachteten Sozialfesseln mehr anlegen lassen und müssen dies auch nicht länger, seit Globalisierung und Liberalisierung von Güter- und Finanzmärkten ihre strukturelle Machtposition massiv gestärkt haben." Ist die Demokratie also mehr denn je eine Klassenfrage und ist das sozusagen der Punkt, auf den wir besonders achten sollten?

SL: Könnte man meinen und ist es auch, da habe ich überhaupt keine Zweifel. Der Kampf um die Demokratie oder der Kampf für mehr Demokratie wird der Kampf um die Demokratisierung der Demokratie sein. Das ist auch im Buch das am Ende gesetzte Thema. Worum wird es gehen? Wenn wir derzeit keine substanzielle Demokratie haben, dann wird es darum gehen, die Demokratie zu demokratisieren, das heißt, Öffnungen vorzunehmen gegenüber denen, die bisher ausgeschlossen sind. Das ist eine Klassenfrage, aber sie geht nicht in der Klassenfrage auf. Ich würde mir auch wünschen, dass es in der klassischen Klassenfrage aufgeht. Das hat irgendwie den meisten "move"; viele fühlen sich wohl mit dieser Deutung, weil man dann sagen kann: "Ja es gibt da Abwertungen gegen die Armen, Beschämung und so weiter und so fort, und was tun wir dagegen?" Und dann kommen die Eliten ins Spiel, und es gibt diese ökonomischen und politischen Eliten, die das befeuern. Die Stoßrichtung ist dann, dass man den ökonomischen und politischen Eliten an den Kragen muss, oder sie jedenfalls demokratisieren oder entmachten muss...

MA: Muss man ja auch ein bisschen...

SL: Muss man selbstverständlich. Aber ich glaube, wenn ich das hier so sagen darf – ich betrachte mich auch selbst als Linken –, in linken Zirkeln kommt man gerne rasch überein, dass, wenn man nur diese Achse bearbeitet, alles gut wird. Das hat zwar jetzt hundert Jahre nicht geklappt, aber wir versuchen es halt weiter. Wir versuchen es weiter mit vollem Einsatz, immer gegen die da oben.

Das ist natürlich vollkommen richtig, ich bin der Erste, der mit auf der Straße ist. Aber ich fürchte, die Antwort auf Ihre Frage ist nicht so einfach und deswegen spreche ich vom "Wir". Das habe ich schon in "Neben uns die Sintflut" getan und bin dafür viel geprügelt worden. Auch zu Recht, weil das eine unsoziologische Kategorie ist: Wer ist denn dieses "Wir"? "Wir" klingt viel zu homogen, das klingt, als hätte jeder, jede denselben Anteil – die ganz oben und die ganz unten –, etwa an der Naturausbeutung oder an der Befeuerung des Konkurrenzmechanismus oder an der Abwertung der Armen. Das meine ich nicht. Was ich meine, ist, dass das Problem der Grenzen der Demokratie nicht in der einen Achse "Oben gegen Unten" aufgeht. Heute war schon von Aporien die Rede; ich begnüge mich mit der Rede von Dilemmata. Es gibt ein großes Dilemma, nämlich diese benannten Achsen, die sich in uns kreuzen. Ich bin kein radikaler Subjekttheoretiker, aber ich glaube, man muss sehen, dass wir als vergesellschaftete Individuen, als diejenigen, die in dieser Gesellschaft unter den Bedingungen dieser Gesellschaft leben, dass wir in massiven Widersprüchen leben. Ich glaube, wir haben ein Riesenproblem, weil alle Lösungen, die sich anbieten würden und die wir bisher praktiziert haben, um diese demokratischen Öffnungen zu schaffen - mehr Anteil für die unten gegen die oben, mehr horizontale Gleichheit unter denen, die unten stehen, Wettbewerbsdruck rausnehmen und so weiter bislang immer auf Kosten des Außen und auf Kosten des Ausschlusses der Natur oder eines ausbeuterischen Naturverhältnisses gegangen sind. Wir müssten irgendwie einmal Ideen entwickeln, wie man aus dieser Schleife, aus dieser Endlosschleife rauskommt. Wenn überhaupt Öffnung der Demokratie, dann geht das immer auf Kosten von Nicht-Staatsbürger*innen und auf Kosten von Natur. Alle Öffnungen, alle Gewinne, alle Zivilisationsgewinne, alle demokratischen Teilhaberechte gehen auf Kosten – das wäre jetzt meine These – von Dritten, und das sind real existierende Menschen und die gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die eine bestimmte Formung bekommen haben in unserer Gesellschaft. Ich glaube, wir haben keine wirkliche Idee, wie wir demokratische Rechte ausweiten können, ohne das Grenzregime dieser Gesellschaft – also ich meine das physische Grenzregime dieser Gesellschaft, an den Grenzen der Türkei oder in Nordafrika – aufrechtzuerhalten. Ich glaube, das ist ein Megadilemma. Das kann man gar nicht dramatisch genug formulieren, man sollte es nur nicht so dramatisch formulieren, dass es dann irgendwie zu Schockstarre führt. Darum geht es mir auch nicht. Aber ich glaube, man muss - das ist meine Position, das kann jede*r anders sehen – diese Zerrissenheit von Bürger*innen demokratischer Gesellschaften, die nicht vollständig demokratisch sind, diese Zerrissenheit muss man in Rechnung stellen, wenn man sich überlegt, was zu tun wäre, was sind anstehende Kämpfe, gegen wen sind Kämpfe zu führen. Denn es gibt eben nicht nur die eine Achse, sondern es gibt auch die anderen Achsen. Wir leben in einer Zeit, wo es Koalitionsbildungen auch zwischen Arbeit und Kapital gibt. Und es gibt die Situationen, wo die Vertreter*innen der Arbeit für Schließung sind und das transnationale, mobile Kapital sagt: "Öffnung! Lasst uns doch Arbeitskräfte

reinholen, Pflegekräfte, die gibt es doch wie Sand am Meer da draußen, warum sollen die nicht reinkommen? Dadurch können wir unsere Wachstums- und Wohlfahrtsproduktion wieder eine Schraube weiterdrehen." Allerdings auf Kosten der Arbeits- und Sozialbedingungen von vielen, vielen anderen Menschen. Und wir brauchen unseren Mega-Energie- und Ressourcenkonsum, das ganze intensive Wachstumsregime für diese Wachstums- und Wohlfahrtsproduktion. Ich habe keine Ahnung, wie es gehen könnte, das zu verändern, ich möchte nur darauf hinweisen, dass es eine extrem komplexe Konstellation ist, in der wir uns bewegen, und dass sich extrem komplexe Konstellationen meistens nur um den Preis des Zugewinns auf Seiten der politischen Rechten vereinfachen lassen.

Solidarität als politischer Kampfbegriff

MA: Sie haben keine Ahnung, wie es gehen soll, aber Sie haben ein deutliches Wollen, dass es nicht so bleiben soll, wie es jetzt ist. Das ist jedenfalls für mich ganz deutlich im letzten Drittel des Buches. Da benennen Sie drei Herausforderungen; eine haben Sie jetzt selber schon angesprochen, nämlich dass es darum geht, die Demokratie zu demokratisieren. Eine zweite Herausforderung ist die der sozialen Entgrenzung, also die Berechtigungsräume noch weiter aufzumachen, möglichst auch über den nationalen Berechtigungsraum hinaus. Als dritte Herausforderung nennen Sie die ökologische Dimension. Dann landen Sie bei einer Forderung, einem Konzept, das vielleicht auch überraschen mag, nämlich beim Begriff der Solidarität, und sagen, Sie wollen Solidarität als politischen Kampfbegriff gesehen wissen. Sie machen sehr klar, dass Sie unter Solidarität nicht das verstehen, was vielleicht landläufig als Solidarität gilt. Sie sehen Solidarität nicht als Verbindung unter Gleichen, sondern sehen darin eine Möglichkeit, Differenz zu überbrücken. Vielleicht können Sie jetzt gegen Abschluss dieses Abends zu diesem Solidaritätsbegriff etwas sagen.

SL: Der Subtext Ihrer Frage klang jetzt so ein bisschen nach: "...und dann komme ich mit dem altbackenen Begriff der Solidarität", also einerseits hyperkomplexe Ungleichheitskonstellationen und dann schlicht "Hoch die Solidarität". Klingt unterkomplex als Lösungsangebot. Ich verkompliziere es und wende mich gegen 99 Prozent des soziologischen Begriffsverständnisses. Da ist die Sache mehrheitlich nämlich relativ einfach: Solidarität ist, wenn wir es politisch übersetzen, ein Wohlfühlkonzept, bei dem es eigentlich um das wechselseitige Geben und Nehmen geht, sozusagen um den sozialen Austausch, um Beziehungen auf Augenhöhe zwischen denjenigen, die sich als Gleiche erkennen und anerkennen. Heute Abend haben wir hier zum Beispiel alle weiße Hautfarbe. Oder sehe ich eine andere? Nein. Wir alle erkennen uns als Gleiche und das ergibt die Chance, uns als eine Solidargemeinschaft zu verstehen, Zumutungen auf Zeit einzugehen, es soll ja auch wieder etwas zurückkommen. Aber wir sind bereit, uns zu vergemeinschaften, als Gemeinschaft der Gleichen oder Ähnlichen, und untereinander Solidarität zu üben. Und dazu würde ich sagen: Super, tolle Sa-

che, hat zu viel Positivem geführt! Aber das ist nicht die Solidarität, die mir vorschwebt, denn das ist die Solidarität, die sich relativ einfach herbeiführen lässt, relativ einfach, wohlgemerkt. Ich weiß, dass wir – ist mir auch schon bekannt – in einem Zeitalter der Entsolidarisierung leben, dass es nicht mehr so einfach ist, selbst unter Gleichen entsprechende Strukturen zu bilden, völlig klar. Aber die Herausforderung angesichts der komplexen Gemengelage wäre – und das ist utopisch, da ist ganz viel utopisch dran, aber da war auch früher ganz viel utopisch, was sich dann realisiert hat – Solidarität unter Verschiedenen, und zwar radikal Verschiedenen, unter anerkanntermaßen Verschiedenen! Da gibt es auch soziologische Anhaltspunkte dafür, aber die muss ich hier jetzt nicht nennen. Aber das wäre die eigentliche Herausforderung, die für diese soziale Entgrenzung der Demokratie notwendig wäre, dass man über soziale Grenzen hinweg akzeptiert, dass die anderen auch berechtigt sind, obwohl sie nicht gleich sind, also nicht nur nicht gleichberechtigt, sondern auch von unserer Wahrnehmung her, welchen sozialen Kategorien wir sie selbst zuordnen, nicht gleich.

Ich glaube, Solidarität als Herausforderung ist nicht nur das Füreinander-Einstehen, sondern das Miteinander-Handeln der Verschiedenen! Nur wenn wir das so denken, dann ist unmittelbar klar, dass das, was auf Lesbos gerade passiert, unser Kampf sein müsste. Das sagt sich so leicht. Aber es ist völlig klar, dass das, was dort passiert, nicht nur eine humanitäre Herausforderung oder Katastrophe ist, sondern genauso ein Anlass sein müsste, um zusammen mit den sehr, sehr Verschiedenen um ihre basalen Existenzrechte und basalen Rechte auf Bewegungsfreiheit zu kämpfen. Wo wir doch unsere eigenen für selbstverständlich erachten: Wenn das Corona-Virus es nicht gerade verhindert, fahre ich morgen nach Lesbos und komme irgendwann wieder zurück, überhaupt kein Problem. Gemeinsam mit den Ausgeschlossenen dafür zu kämpfen, dass das, was wir wie selbstverständlich für uns als unser gutes demokratisches Recht in Anspruch nehmen – und das zu Recht –, sich als Recht verallgemeinert, das wäre für mich Solidarität.

In Klammern: Was das komplex macht und erst mal politisch unwahrscheinlich, ist freilich, dass ich damit rechnen muss, dass mit einer solchen Verallgemeinerung mein gewohnter Satz an Rechten prekärer wird. Wenn es auf der Horizontalen Solidarität geben soll mit Verschiedenen, wird der Klassengegensatz wieder entscheidend, und es braucht die Verkoppelung mit dem Kampf gegen Oben. Da geht es dann um radikale Umverteilung im globalen Maßstab, auf der horizontalen und auf der vertikalen Achse, also um verkoppelte Kämpfe und um die Frage, wie man da hinkommt. Aber für mich wäre Solidarität – jetzt in einem weiten Sinne: über Grenzen hinweg – die akute und wahrscheinlich leider dauerhafte Herausforderung, wenn man die Demokratie demokratisieren möchte.

Eine andere Form der Vergesellschaftung ist möglich

MA: Und der Zweck dieser schwierigen Übung, sich auf so eine Art von Solidarität einzulassen, wäre eben, zu einer Demokratie zu kommen, die eine Vollwertdemokratie ist und nicht eine in dieser Art noch nie gewesene oder auch wieder ausgehöhlte Demokratie. Sie sagen ja, mit dieser Solidarität müsste es gelingen, transformativ zu agieren. Ziel ist die grundlegende radikale Veränderung des gesellschaftlichen Systems ungleicher Möglichkeiten der Teilhabe an der Gestaltung der Lebensbedingungen, eben in Richtung einer größeren Gleichheit.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, bei dem es um ein "Wording" geht, das wir auch in der Armutskonferenz, glaube ich, relativ leicht auf den Lippen führen. Es hat mit dem Thema Demokratie demokratisieren zu tun. Sie versuchen sich sehr motivierend in diesem Buch, indem Sie sagen, gesellschaftliche Dominanzbeziehungen sind überwindbar, und daran glauben Sie. Das ist eine mutige Ansage, dass Ausschluss und Konkurrenz nicht alternativlos sind. Ich glaube, Sie versuchen auch deswegen bestärkend und motivierend zu sein, weil Sie überzeugt davon sind, dass man diesen Kampf um eine wirkliche Demokratie führen muss, als praktisch politisches Ideal, das für einen Glauben an eine bessere Welt elementar ist. Wenn ich Sie richtig verstehe, kann man nicht den Glauben an eine bessere Welt vor sich hertragen, wenn man nicht bereit ist, sich für eine bessere Demokratie zu engagieren.

SL: Außer man belässt es bei dem Glauben. Ich möchte jetzt hier, gerade in diesen Räumlichkeiten, nicht zu scharf sein, aber wenn man es nicht bei dem Glauben belassen möchte, dann muss man einen Schritt weiter gehen. Ich lese jetzt seit Jahrzehnten vor mich hin, und alles, was ich gelesen habe, oder bei allem, was mir gefallen hat, geht es um Emanzipation. Da geht es genau darum, dass wir uns befreien können. Wir sind ja nicht böse Menschen, sondern wir sind in Strukturen gestellt, die es uns angebracht erscheinen lassen müssen, selbst Ausschlusspraktiken gutheißen zu müssen. Wir sind da Kompliz*innen wider Willen, wir sind da mitgefangen und mitgehangen. Man kann alles Mögliche dazu sagen, aber wenn diese Überzeugung bei den real handelnden Menschen nicht mehr existiert, dass eine andere Form der Vergesellschaftung möglich ist, dann ist Schicht im Schacht. Aber ich glaube das nicht. Ich begegne sehr oft Menschen, die Gegenteiliges denken. Nicht alle können jetzt nach Lesbos fahren. Es geht dabei nicht um ein liberales Verständnis von Autonomie, sich individuell von den Zwängen der Lebensführung zu befreien und sein eigener Herr zu sein - um dann ein Leben zu führen, das systematisch Dritten schadet. Das ist ein liberales Verständnis von Emanzipation. Hier geht es um die kollektive Emanzipation von kollektiv hergestellten Zwängen. Und wenn man nicht mehr daran glaubt, dann kann man viel von Fortschritt erzählen, aber dann ist es halt unglaubwürdig.

MA: Dann würde ich sagen: Wir haben probiert, das Buch zu präsentieren.

SL: Ja genau. Vielen Dank!

Stephan Lessenich ist Professor für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München mit dem Schwerpunkt auf sozialen Entwicklungen und Strukturen.

Margit Appel ist Politikwissenschaftlerin, als freie Referentin/Autorin tätig und im Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt (BIEN Austria) engagiert, sowie im wissenschaftlichen Beirat der Armutskonferenz.

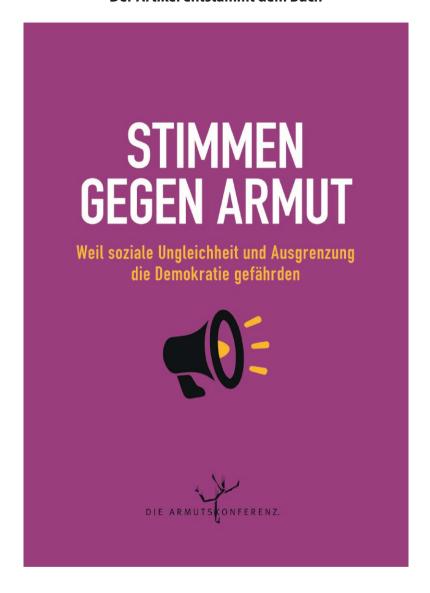
Mögliche Quellenangabe:

Lessenich, Stephan / Appel, Margit (2020): Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem. Ein Gespräch zum Buch. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. BoD-Verlag, S. 43–51.

 $www.armutskonferenz.at/files/lessenich-appel_grenzen-der-demokratie_2020.$ pdf

Literatur

Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Ditzingen: Reclam.



Herausgegeben von

Die Armutskonferenz, Margit Appel, Verena Fabris,

Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz,

Martin Schenk, Stefanie Stadlober

Inhaltsverzeichnis

Editorial	
Stimmen gegen Armut – Stimmen für mehr Demokratie und Mitbestimmung Margit Appel, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk, Stefanie Stadlober	g
EIN-STIMMUNG	
Armut als Störfaktor Über die Entwertung von Betroffenen Laura Wiesböck	19
Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie Die Perspektive from below Ellen Bareis	27
Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem <i>Ein Gespräch zum Buch</i> Stephan Lessenich im Gespräch mit Margit Appel	41
Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen in demokratische Institutionen Jakob Kapeller	55
Postdemokratie Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden Colin Crouch	71
Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen kein Gehör finden Martina Zandonella	83

STIMMEN FÜR SOLIDARITÄT UND SOZIALE SICHERUNG

Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft	97
Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek	
Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand	107
Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik Arno Pilgram	
Partizipation statt Teilhabe in Einrichtungen der neuen Mitleidsökonomie Hannah-Maria Eberle	115
STIMMEN FÜR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT	
Psychologische Auswirkungen von demokratischen Praktiken in Organisationen Stimmen für Demokratie in der Arbeitswelt Christine Unterrainer	131
Kommentar Über strukturelle Erniedrigung und die Furcht vor Mitbestimmung	141
Demokratie in der Erwerbsarbeit und -arbeitslosigkeit Wolfgang wodt Schmidt	141
Das Genossenschaftsprojekt OTELO	145
Eine Genossenschaft für kooperatives Wirtschaften Martin Hollinetz	
Das Grundeinkommens-Projekt <i>Sinnvoll Tätig Sein</i> im niederösterreichischen Heidenreichstein	149
Reinkommen statt 'draußen sein'	143
Karl Immervoll	
Digitalisierung inklusiv gestalten Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter	153
Schifteh Hashemi und Clara Moder	

Kommentar Wenn Algorithmen für uns entscheiden Erich Tomandl	163
STIMMEN GEGEN AUSGRENZUNG IN DER SCHULE	
Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein Eine Erinnerung Roman Langer	167
"… da müsst ihr ja ganz viel zuhören!" Transkulturelle Elternarbeit an Wiener Volksschulen Lydia Linke	177
STIMMEN FÜR EINE GERECHTE STADT	
Gentrifizierung im öffentlichen Raum Aufwertung und Verdrängung als Prozesse urbaner Ungleichheit Mara Verlič	183
Kollektives Füreinander-Sorge-Tragen – die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen Von Scham, Isolation und Ohnmacht zu politischer Selbstorganisation Nikolai Huke	193
Kommentar Proteststimmen von unten Ein persönlicher Zugang zu Protest als Antwort auf den Turbokapitalismus Anna Schiff	203
LAUTER STIMMEN FÜR ALLE!	
Exklusive Demokratie Vom Wahlrechtsausschluss fremder Staatsangehöriger Antonia Wagner	207

Wahlrecht für alle, die hier leben! Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich Magdalena Stern	213
STIMMEN FÜR MITBESTIMMUNG	
Politik und Zufall Wie es durch Bürger*innenräte gelingt, Menschen zu aktivieren Michael Lederer	219
Stimme(n) erheben Legislatives Theater als Beitrag zur partizipativen Demokratie Michael Wrentschur und Silvia Phönix Gangl	225
Mit Partizipation der Beschämung von Armutsbetroffenen entgegenwirken Alban Knecht	231
Gesetzeswerkstatt zum Sozialhilfegesetz Das Sozialhilfegesetz mit Betroffenen und Expert*innen neu formulieren Marianne Schulze	237
Nutzer*innen-Partizipation in sozialen Organisationen Status Quo, Defizite, Perspektiven Michaela Moser	241
STIMMEN GEGEN ARMUT!	
Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise Verena Fabris und Martin Schenk	247
DIE ARMUTSKONFERENZ. Es ist genug für alle da! Armut bekämpfen. Armut vermeiden.	257

Die 12. Österreichische Armutskonferenz und diese Publikation wurden gefördert von









■ Bundesministerium
Arbeit, Familie und Jugend

Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz



Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend







Eine Initiative der ARMUTSKONFERENZ.













Schau vorbei auf www.diginclusion.at



ein Projekt von



finanziert durch den Digitalisierungsfonds Arbeit 4.0 der









Sezahlte Anzeige